

Meng Jie/Jan Turowski (Hrsg.)

Immer noch tastend den Fluss überqueren

Chinas marktsozialistisches Modell verstehen

Linker**China**Diskurs
Band 2

VSA:



Meng Jie/Jan Turowski (Hrsg.)
Immer noch tastend den Fluss überqueren
LinkerChinaDiskurs 2

LinkeChinaDiskurse

Mit dem Aufstieg Chinas sind politische und ökonomische Grundsatzfragen neu aufgerufen: zu Form, Gestalt und Vision eines dynamischen und wohlhabenden Sozialismus, zu politischer Teilhabe, Freiheit und Demokratie. In den Debatten kommen allerdings chinesische Autor*innen bislang kaum zu Wort. Deshalb sollen die Bände der Reihe **LinkeChinaDiskurse**, herausgegeben vom Beijing-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dazu beitragen, ökonomische Entwicklungen, Entscheidungsoptionen und Problemlösungen aus chinesischer Logik, Geschichte und Entwicklungsprozesse einschließlich der daraus folgenden Spannungen im Land zu verstehen. Die Bewertungen von Chinas Aufstieg, Entwicklung und Zukunftsvision verstehen die Autor*innen (Wissenschaftler*innen aus der Volksrepublik selbst) als Teil eines linken Suchprozesses.

Bisher erschienen:

Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)

Sozialismusdebatte chinesischer Prägung

LinkerChinaDiskurs 1 | 224 Seiten | € 16.80 | ISBN 978-3-96488-099-4

In Vorbereitung:

Liu Jun/Jan Turowski (Hrsg.)

Kann man den Tiger reiten?

Chinas Entwicklungsmodell als Synthese von Moderne und Sozialismus

Linker ChinaDiskurs 3 | ca. 224 Seiten | € 16.80 | ISBN 978-3-96488-142-7

Zhang Shuangli/Michael Brie/Jan Turowski (Hrsg.)

Der lange Marsch durch die Widersprüche

Die Moderne und die Neugründung Kritischer Theorie

LinkerChinaDiskurs 4 | ca. 224 Seiten | € 16.80 | ISBN 978-3-96488-165-6

Meng Jie/Jan Turowski (Hrsg.)

Immer noch tastend den Fluss überqueren

Chinas marktsozialistisches Modell verstehen

LinkerChinaDiskurs 2

Eine Publikation des Beijing-Büros der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de

Übersetzer*innen

Patrick Federl, Absolvent der Peking Universität mit Masterabschluss in internationalen Beziehungen und freiberuflicher Übersetzer (patrick.federl@gmx.de).

Beate Geist, Studium der Sinologie, Soziologie, Theaterwissenschaft und Neueren Deutschen Literatur und Promotion an der Ludwig-Maximilians-Universität München mit Schwerpunkt chinesische Gesellschaft und Literatur der Gegenwart. Tätigkeit in der Sprach- und Kulturvermittlung in China und freiberufliche Übersetzerin (beate.geist@hotmail.com).

Mao Xiaohong, stellvertretende Leiterin des Forschungszentrums für den deutsch-chinesischen gesellschaftlich-kulturellen Austausch, Shanghai International Studies University (xiaohong.mao@shisu.edu.cn).

Zhu Xia, Übersetzerin (u.a. der Werke von August Bebel und Rosa Luxemburg sowie des Romans »Helden wie wir« von Thomas Brussig ins Chinesische), Studium der Germanistik an der Peking-Universität und Humboldt-Universität zu Berlin (xia.brie@t-online.de).



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-

NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter

www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbinderarbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Umschlagfoto: An der Chang'an-Allee in Beijing; der Text in der aus Blumen zusammengesetzten roten Fahne lautet: »Auf dem Weg zu einem besseren Leben in der neuen Ära« (Foto: Ju Huanzong; picture alliance/Xinhua News Agency)

ISBN 978-3-96488-118-2

Inhalt

Einleitung: Wie kann man, wie muss man und wie darf man China diskutieren?	7
von Jan Turowski	
Die Politische Ökonomie des Sozialismus chinesischer Prägung	35
von Meng Jie	
Die Politik von Reform und Öffnung und die Transformation des chinesischen Systems der Fünfjahrpläne	67
von Yan Yilong	
Die Institutionen-Monopolrente und der Wettbewerb zwischen den Lokalregierungen	99
von Meng Jie und Wu Fenghua	
Der Einfluss der Staatsunternehmen auf das Wachstum der Wirtschaft	128
von Qi Hao und David M. Kotz	
Die Überwindung der Falle des mittleren Einkommens	150
von Gong Gang	
Geschichte und Entwicklungsperspektiven des Wohlfahrtssystems	173
von Wang Yunbin	
Nationale Pilotgebiete der ökologischen Zivilisation – die grüne Transformation der Wirtschaft	194
von Huan Qingzhi, Sun Wei und Chen Yiwen	
»Der Staat leitet an und der Markt wirkt« – die Rolle der Ökobanken beim Aufbau der sozialistischen Öko-Zivilisation auf der lokalen Ebene	219
von Cui Li, Sun Wei und Zhang Yue	
Gemeinschaftliche Willensbildung auf lokaler Ebene – die »Dorfbank«	242
von Ding Pingjun und Yang Shanhua	
Die Autor*innen	262

Einleitung

Wie kann man, wie muss man und wie darf man China diskutieren?

von Jan Turowski

So manche Leerstellen der China-Debatte

Die politische und mediale Debatte über den chinesischen »Aufstieg« scheint heute allgegenwärtig: vielfach schrill und alarmistisch, polarisierend und politisch aufgeladen. Die nachdenklichen Stimmen eines »Verstehen Wollens« und der Grautöne werden an den Rand gedrängt und müssen sich für ihre Nachdenklichkeit erklären, während man aus simplifizierter »China-Kritik« leicht politisches Kapital schlagen und mit dem Zeichnen schwarz-weißer Bedrohungsszenarien profitabel mediale Aufmerksamkeit erregen kann. Der Ruf nach mehr China-Expertise wird immer lauter, auch wenn hier wohl eher das instrumentelle Wissen gemeint ist, mit dem man den Konkurrenten besser strategisch einschätzen und ihnen geopolitisch begegnen kann. Viele meinen, China diskutieren zu müssen, noch mehr meinen, eine qualifizierte Meinung zu haben.

Dabei scheint das zunehmende Interesse für Chinas Wiederaufstieg nicht zuletzt von der Frage motiviert zu sein, was diese sich gerade vollziehenden politisch-ökonomischen Machtverschiebungen im Weltsystem für den Westen bedeuten. Ein zentrales Erkenntnisinteresse der China-Debatte ist also nicht unwesentlich mit dem Westen insofern rückgekoppelt, als der stetig wachsende globale Einfluss Chinas das westliche Zentrum alleiniger ökonomischer wie politischer Regelsetzung (die proklamierte »regelbasierte internationale Ordnung«) herausfordert und die Dominanz westlicher Denkweisen infrage zu stellen scheint. In solchen Sichtweisen prallt die *Dynamik* der Veränderungen durch Chinas Aufstieg auf die *Statik* der lange als unabänderlich gedachten Hegemonie des Westens und artikuliert sich in manchmal expliziten, meist impliziten Fragen wie »Was will China?«, »Ist China eine revisionistische Macht?«, »Was steckt hinter Chinas Aufstieg« oder »Wie wird China seine neu gewonnene Macht nutzen?«. Die Mehrheit der Beobachter sieht den Erfolg und die entsprechend wachsende Bedeutung des China-Modells auf der internationalen Bühne mit Argwohn.

Doch so vielfältig die unterschiedlichen Betrachtungsperspektiven, ideologischen Ansätze und intellektuellen Prädispositionen auch sind, *der blinde Fleck* vor allem in der medialen und politischen, aber oft auch in der wissenschaftlichen China-Debatte *ist der westliche Beobachter selbst*, seine Erkennt-

nisinteressen, Selbstwahrnehmungen, die eigene kulturell geprägte Weltsicht und seine Präferenzen.

Zumindest darin sind sich die Chinabeobachter*innen einig. Die unglaublich rasante wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China in den letzten 40 Jahren und der Sprung von einer bitterarmen zu einer bald hohen Einkommensgesellschaft in nur einer Generation sind welthistorisch einzigartig.

Doch jenseits dieser Einschätzung gehen die Meinungen darüber auseinander, was die eigentlichen Gründe für diesen Erfolg gewesen sind, welcher nach Meinung vieler Expert*innen noch vor gar nicht allzu langer Zeit schlicht unmöglich schien.¹ Es gibt höchst unterschiedliche Bewertungen, wie nachhaltig dieser Erfolg ist und wie der Aufstieg Chinas politisch normativ zu bewerten ist. Muss man Chinas Entwicklungsmodell als einzigartig ansehen oder bietet China der Welt ein alternatives Modell an und stellt somit eine Herausforderung, sogar eine Bedrohung für westliche liberal-kapitalistische Ideologien und Machtansprüche dar?

In der westlichen China-Debatte finden sich bei aller Vielfalt der thematischen und methodischen Zugänge im Wesentlichen zwei Debatten-Stränge, deren Enden jedoch miteinander verknüpft sind:

Zum einen die Debatte, die sich um das wie auch immer geartete »Autoritäre« des chinesischen Modells dreht. Doch da etablierte politikwissenschaftliche Theorien, die autoritäre Systeme wegen ihrer fehlenden Rückkoppelungsmechanismen der Selbstkorrektur, fehlender Legitimität, politischer Starrheit und operativer Schließung, mangelnder Offenheit, unzureichender Kreativität und Dynamik als langfristig nicht lebensfähig erachten, das chinesische Modell nie recht zu fassen bekommen, wird der Begriff »Autoritarismus« mit Blick auf China nunmehr mit einer Vielzahl von Adjektiven verknüpft: Mal wird China als fragmentierter, mal als weicher Autoritarismus, mal als deliberativer, mal als responsiver, mal als resistenter oder mal als transformativer Autoritarismus beschrieben.²

Angesichts der massiven Modernisierung und rasanten Urbanisierung allein in den letzten 40 Jahren, muss man Chinas Gesellschaft durchaus als dynamisch und innovativ, Chinas Staat als anpassungs- und lernfähig und am Wohlergehen seiner Bevölkerung durchaus interessiert und die Verwaltung als kompetent, rational-legal und durchsetzungsstark bezeichnen. China ist im Weberschen Sinne ein moderner Staat und dies wird meist auch im Westen anerkannt. Gleichwohl wird Chinas politischem System von der weit überwiegenden Mehrheit der China-Analyst*innen die Legitimität abgesprochen,

¹ Chang 2001; Shirk 2007; Pei 2006.

² Vgl. z.B. He/Warren 2017: 155-166; Brødsgaard 2018; Weller 2012; Roy 1994; Jiří Přibáň 2012.

die in der Moderne nur aus der liberalen Demokratie erwachsen könne. Denn weil die staatliche Machtsphäre begrenzende Rechtsstaatlichkeit und demokratische Rechenschaftspflicht fehlten, sei China immer wieder zu Willkür und Repression fähig.³

Politische Herrschaft kann dann als legitim angesehen werden, wenn Herrschaftspraktiken mit den normativen Grundprinzipien kompatibel sind, die in der betreffenden Gesellschaft geteilt und verankert sind: »Ein bestimmtes Machtverhältnis ist nicht schon deshalb legitim, weil Menschen an seine Legitimität glauben, sondern weil es sich aus der Logik ihrer Überzeugungen heraus rechtfertigen kann.⁴ So gesehen ist politische Legitimität mehr als eine rein normative Ordnung, zugleich aber auch mehr als bloße politische Akzeptanz.

Auch wenn Chinas politisches System in seiner konkreten Funktionsweise ganz offenkundig demokratiennormative Defizite aufweist, stellen doch die hohen Vertrauenswerte der chinesischen Bevölkerung in die Regierung und die politischen Institutionen ihres Landes die Legitimationsdebatte vor erhebliche Deutungsherausforderungen. Eine Studie, die im Jahr 2020 von der Washington Post in Auftrag gegeben wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass in China 97% der Menschen mit der Regierung zufrieden sind.⁵ Diese hervorragende Zustimmungquote ist kein »Ausreißer«, sondern bestätigt andere, auch langfristig angelegte Untersuchungen der letzten Jahrzehnte⁶ und liegt kontinuierlich deutlich über dem Durchschnitt der konsolidierten westlichen Demokratien (62%).⁷ Hier wird häufig eingewendet, dass sich in Chinas politischer Kultur und Geschichte kein Bewusstsein der Kritik habe herausbilden können, wie man es von dem selbstbewussten Selbstverständnis westlicher Staatsbürger her kennen würde. Ganz davon abgesehen, dass dieser Einwand eine eurozentrische Herablassung zum Ausdruck bringt, die sich in dem immer gleichen Argumentationsmotiv wiederfindet, nämlich, dass »die Chines*innen es nicht besser wüssten«, sind Chinas Bürger*innen in ihrer Mehrzahl trotz Zensur sehr wohl über die Welt informiert, Millionen reisen jährlich ins Ausland und Hunderttausende studieren an ausländischen Universitäten (vor den Reisebeschränkungen im Rahmen der Covid-19 Pandemie-Maßnahmen). In einer Umfrage aus dem Jahr 2008 beantworteten nur 46% der Befragten die Frage, ob sie ihre Regierung unterstützen würden, auch wenn Sie wüssten, dass sie im Unrecht sei, mit Ja. Dies sind weniger als die Befragten in den Vereinigten

³ Fukuyama 2012.

⁴ Beetham 1991: 11 (Übersetzung durch den Autor).

⁵ Washington Post, 5.5.2021.

⁶ Eine von der Harvard University veröffentlichte Umfrage ergab, dass die Zufriedenheit der chinesischen Bürger mit der Regierung zwischen 2003 und 2016 von 86% auf 93% gestiegen ist. Cunningham/Saich/Turiel (2020); World Value Survey 2020.

⁷ Norris 2011.

Staaten (50%), in Spanien (51 %) und in der Schweiz (58%), in Südkorea (62%) und in Israel (64%), die dieselbe Frage mit Ja beantworteten. Es scheint, dass Chines*innen ihre Regierung keineswegs blind und unkritisch unterstützen.⁸

In China scheinen Grundüberzeugungen über das Gemeinwohl so weit geteilt und administrative und politische Meritokratie als prozedurale Fairness so weit akzeptiert zu sein, dass diese Formen politischer Legitimation dort offensichtlich in einem erheblichen Ausmaß auch als demokratische Legitimation verstanden werden. 2020 beschrieben 73% der Chinesen ihr Land als demokratisch (im Vergleich zu 67%, die dies in Deutschland taten, und 49% in den USA).⁹

Angesichts der Tatsache, dass China in allen Demokratie-Indices¹⁰ stets am untersten Rand platziert wird – vor allem wegen fehlender Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit –, wäre es an dieser Stelle der Debatte zu einem bestimmten Zeitpunkt interessant gewesen, Demokratie und Volkssouveränität einer »Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk«, individuelle Freiheit und »volonté générale« auch einmal vor dem Hintergrund dieser markant anderen chinesischen Selbstwahrnehmung zu diskutieren. Auch das westliche politische System hat sich in mehreren, teilweise gegensätzlichen Entwicklungsstufen zu dem ausgeprägt, was es heute ist. Die entscheidenden Modernisierungsetappen und -krisen der Industrialisierung, Urbanisierung oder Bürokratisierung fanden allerdings alle in vordemokratischen Zeiten statt und liberale Demokratien, die sich selbst noch vor hundert Jahren selbstverständlich als universalistisch verstanden, schlossen damals große Teile, häufig sogar die Mehrheit der Bevölkerung aus dem politischen Prozess aus. Eine Debatte über Demokratie, zumal über globale Demokratie, kann der Westen nicht ausschließlich mit sich selbst führen.

Eine solche Debatte wäre aber eine Chance, die demokratische Rolle des Westens in einer globalen Welt zu überdenken und Politik und Geschichte nicht nur aus seiner Perspektive zu betrachten. Dies nicht, um das chinesische System zu verteidigen, als Modell zu propagieren, an den fundamentalen freiheitlichen Prinzipien der Demokratie zu zweifeln, die eigenen Normen, Werte und Überzeugungen zu verraten oder gar Menschenrechtsverletzungen zu entschuldigen. Es geht darum, die eigene Sicht zu dezentrieren und auch die Erfahrungen der globalen Ränder einzubeziehen, um aus deren Perspektive Erfolge und Fehlschläge westlicher Institutionen zu beurteilen und zu reflektieren.

In dem Moment aber, in dem sich der Westen endhistorisch zum moralischen Sieger erklärt und sich die Welt nun in einem neuen Kalten Krieg einer vermeintlich unüberbrückbaren Blockkonfrontation von »Demokratien« und

⁸ Tang 2016.

⁹ Alliance of Democracies 2020.

¹⁰ Z.B. Freedom-House-Index, Democracy-Index oder Polity-Index.

»Autokratien« wiederfindet, scheint diese Chance für sehr lange Zeit erst einmal verpasst.

Zum anderen der Debattenstrang, der China vorrangig als ökonomisches Modell diskutiert und mitunter zu grundsätzlich gegensätzlichen Einschätzungen gelangt. Auf der einen Seite wird auf die massiven Kommando- und Kontrollmechanismen verwiesen, die direkte Intervention der Regierung und zentrale wie auch dezentrale Steuerung vor allem über Investitionslenkung ermöglichen. Dies zeige sich beispielsweise in der beherrschenden Stellung staatlicher Unternehmen in der Wirtschaftsstruktur oder angesichts des Einflusses der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) auf Entscheidungen selbst privater Unternehmen. Auch wenn ein derartiger Staatsdirigismus dem herrschenden neoliberalen Dogma der letzten Dekaden offensichtlich widerspricht, dass nur unregulierte Märkte und uneingeschränkte unternehmerische Marktfreiheit Wachstum und Entwicklung generieren könnten und sich Chinas ökonomische Herausforderung für den Westen folglich von selbst erledigen müsste, wird Chinas »rücksichtsloser und zerstörerischer« Staatskapitalismus einem vermeintlichen »freiheitlichen, fairen und nachhaltigen« Marktkapitalismus des Westens nun als ernstzunehmende Konkurrenz gegenübergestellt.¹¹ Auf der anderen Seite sind es nach Meinung vieler gerade die fehlenden sozialstaatlichen und umweltpolitischen Regulierungen und Kontrollen, eine ungezügelter Urbanisierung, ungehemmte Industrialisierung, folglich massive Umweltzerstörung, soziale Ungleichheit, zurückgelassene und unterentwickelte Regionen und ausgebeutete Wanderarbeiter*innen, die Chinas Modell einer nachholenden Modernisierung charakterisieren. Vor allem in den frühen 2000er-Jahren bestimmten eher thematisch spezialisierte und empirisch kleinteiligere Untersuchungen die China-Debatte, die sich mit den hohen sozialen und ökologischen Kosten der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik auseinandersetzten und dabei stets auch auf die systemischen Defizite des Modells insgesamt verwiesen.¹² Auch wenn es in den letzten 20 Jahren nachweislich enorme Fortschritte in Bereichen der Umwelt- und Sozialpolitik gegeben hat, bestimmen diese Wahrnehmungen, Einschätzungen und Assoziationen heute immer noch wesentlich das gesellschaftlich China-Bild im Westen.

Die wissenschaftliche Diskussion bezüglich der Frage, welche Gemeinsamkeiten Chinas Entwicklungsmodell mit den erfolgreichen Modellen Japans und der vier ostasiatischen »Tigerstaaten« (Singapur, Taiwan, Hongkong, Südkorea) aufweise, führt diese beiden Debattenstränge schließlich synthetisch zusammen. Folgt Chinas Entwicklungsmodell den anderen ostasiatischen »Ent-

¹¹ Vgl. z.B. Bremmer 2009; Wooldrige 2012.

¹² Vgl. z.B. Khan/Riskin 2001; Pun/Chan 2012; Tomba 2014; Chan 2013; Ma 2004; Economy 2006.

wicklungsstaaten«, in denen die (meist nicht gewählten) politischen Eliten von oben nach unten und autoritär eine planmäßige, langfristige Entwicklung über alle gesellschaftlichen Partikularinteressen und Widerstände hinweg betrieben haben? Als Entwicklungsstaaten werden zweckorientierte, bürokratisch hochgradig effiziente, massiv intervenierende, starke, Staaten verstanden, deren Führungen den konsensualen Willen haben, ihre Länder ökonomisch, gesellschaftlich und politisch zu entwickeln.¹³ Vorrangig westliche Forscher*innen sehen bei allen nationalen Unterschieden genug Gemeinsamkeiten (z.B. die Existenz einer zentralen nationalen Entwicklungs- und Reformkommission und einer machtvollen Verwaltung, die enge Interaktion von Regierung und Wirtschaft, ein industrieller »Take off« befeuert durch einen großen Niedriglohn-Sektor, Exportorientierung oder Fixierung auf politische Stabilität), um China analytisch gewinnbringend wie die Tigerstaaten in die Kategorie »Entwicklungsstaat« einzusortieren. Chinesische Forscher*innen betonen hingegen bei allen Gemeinsamkeiten eher die Unterschiede; der grundlegendste Unterschied ist wohl die schlichte Tatsache, dass sich China im Gegensatz zu den anderen Ländern außerhalb der Sphäre des US-Imperialismus entwickeln musste.

Es scheint eher so, dass Chinas außergewöhnlicher und unerwarteter Entwicklungspfad herkömmliche Weisheiten und Modernisierungsmodelle konzeptionell herausfordert. Gebräuchliche Klassifizierungen sind nicht hilfreich, um die chinesische Entwicklungsdynamik zu verstehen.

Auch chinesische Wissenschaftler*innen und Intellektuelle haben in den letzten Jahrzehnten ihrerseits versucht, den chinesischen Entwicklungspfad zu analysieren und zu verstehen. In der chinesischen Debatte wird allerdings immer wieder hervorgehoben, dass westliche Theorien und Konzepte, Erklärungsmuster und historische Referenzsysteme den Aufstieg Chinas nicht hinreichend erklären könnten.¹⁴ Dabei sei nicht nur problematisch, dass in den allermeisten westlichen Betrachtungen unberücksichtigt bleibe, wie sich die spezifisch chinesische Zivilisationsgeschichte in dem heutigen China-Modell und seinen Entwicklungsoptionen ausgeprägt habe.¹⁵ Eine weitere Schwierigkeit sei, dass umgekehrt das westliche Modell, welches in der (nicht nur komparativen) China-Analyse immer als Modernisierungs- und normativer Richtwert dient, geoökonomisch abstrahiert und historisch dekontextualisiert würde. Die Standardisierung des westlichen Modernisierungsmodells vermeintlich »entwickelter«, »wohlfahrtsstaatlicher« und »demokratischer« Gesellschaften verschweigt einerseits die Voraussetzungen seiner Herausbildung in Form kolonialer Ressourcenausbeutung und Absatzmärkten, Versklavungen und Ent-

¹³ Heberer/Müller 2020; Knight 2014; Peerenboom 2008.

¹⁴ Wang 2010; Wang/Yang 2018.

¹⁵ Zhang 2016.

eignungen, die sich bis heute in wirtschaftlicher Dominanz über den globalen Süden, neoimperialen institutionellen Strukturen und ungleichen Wirtschaftsbeziehungen manifestieren. Ignoriert wird andererseits, dass die Vorreiter der Modernisierung im kapitalistischen Zentrum die Entwicklungsmöglichkeiten der Nachzügler systematisch einschränkten.¹⁶ Da die wirtschaftlichen und politischen Geschehnisse der Peripherie maßgeblich vom kapitalistischen Zentrum aus kontrolliert wurden (indirekt durch die Vorgabe der Handelsbedingungen oder direkt durch die Etablierung von Kolonien), wurde der vermeintlich prototypische Modernisierungspfad von den Vorreitern der Modernisierung für alle anderen Länder blockiert.¹⁷

Die Entwicklung des westlichen Zentrums wurde wesentlich über die Ausbeutung der Peripherie subventioniert wie auch die daraus resultierende globale Wettbewerbsdominanz des Westens die Unterentwicklung der (ehemals) kolonialisierten Länder auf Dauer festschrieb. Allein die immensen Ressourcen, die beispielweise im Zuge des illegalen Opiumhandels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus China abgeschöpft wurden, finanzierten im Vereinigten Königreich und in den USA wesentlich deren Industrialisierung, Infrastrukturausbau, die Schaffung eines bis heute hegemonialen Bildungssystems und später sogar soziale Schutz- und Absicherungsmaßnahmen für deren Arbeiter*innen.¹⁸ Umgekehrt führte das Fehlen dieser Ressourcen in China dazu, dass eine nachholende chinesische Industrialisierung auf Jahrzehnte blockiert war. Die dann halbsbrecherisch beschleunigte und mitunter brutal mörderische Industrialisierung der frühen Volksrepublik, die fehlendes Kapital mit der schier Menge an Arbeitskraft und revolutionären Elan zu kompensieren hoffte, kann nicht ohne das Verständnis von Chinas Urkatastrophe der halbkolonialen Unterwerfung im 19. Jahrhundert verstanden werden.

Die politischen Richtungsentscheidungen Chinas im 20. Jahrhundert waren aus dieser Sicht nicht – wie es China-Expert*innen allzu oft nahelegen – frei gewählt. Sie waren vielmehr eine aufgezwungene (intern vielfach umkämpfte, häufig fehlgeleitete und katastrophale, oft vorsichtig probierend und immer wieder kluge) strategische Auswahl aus den wenigen, verbleibenden Optionen, die nach einer späten und ungleichen Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft übrigblieben und den Modernisierungsprozess der Staats- und Wirtschaftstransformation entscheidend bestimmten.

Wird bei der Betrachtung des heutigen Chinas das Analyseobjekt aber aus seiner Geschichte spezifischer Handlungszwänge und -optionen wie auch dem geökonomischen und geopolitischen Kontext herausgelöst und zugleich ein

¹⁶ Skocpol 1973.

¹⁷ Bollen 1983.

¹⁸ Bradley 2015.

westlicher Entwicklungsstandard verabsolutiert gegenübergestellt, dann läuft die China-Debatte erstens immer Gefahr sich in einer methodischen Voreingenommenheit bestimmter Erkenntnisinteressen und Forschungsfragen samt oft impliziter Bewertungen und projizierter Annahmen¹⁹ zu verfangen, die letztlich immer nur Chinas normative und funktionale Defizite »bestätigen«. Das ist aber für das Verständnis der komplexen Eigenlogik des »Anderen« nur sehr bedingt hilfreich und lässt eine Rückspiegelung auf das »Eigene« und eine Selbstreflexion kaum zu.

Werden zweitens analytische Begriffsraster und Dichotomien (autoritär/liberal, staatlich/zivilgesellschaftlich oder modern/traditionell usw.) von einem bestimmten Entwicklungsmodell hergeleitet und auf ein anderes angewandt, dann entgehen der analytisch eher statischen Betrachtung die vielfältigen, kleinteiligen und kontinuierlichen Veränderungen, Reformen, Anpassungen und Brüche – sowohl in der chinesischen Gesellschaft als auch in Staat und Partei – verloren. Wird nur eine protodemokratische Reform als Reform überhaupt wahrgenommen, dann ist der Blick auf untypische, eigenwillige und interessante politische Reformen komplett verstellt.

Wird schließlich drittens das westliche Entwicklungsmodell historisch aus dem Kontext herausgerissen und abstrakt zum alleinigen Richtwert erhoben, an dem die Welt politisch gemessen wird, dann besteht für jede*n, der visio-när über die Gegenwart hinauszudenken hofft, das Risiko – und dies ganz unabhängig davon, wie man das China-Modell oder jeden anderen nicht-westlichen Entwicklungspfad bewertet –, tatsächlich in einem Fukuyama'schen »Ende der Geschichte« gefangen zu sein. Eine Vorstellung von einem alternativen sozialistischen Pfad ist nur dann möglich, wenn zumindest die reale Möglichkeit einer ökonomischen und politischen Alternative gedacht werden kann. Nach dem Ende des Kalten Krieges scheinen in Europa jedoch Visionen einer systemischen Alternative verschwunden zu sein. Wenn eine aufrichtige und interessierte, durchaus kritische Auseinandersetzung mit dem »Anderen« aber nicht möglich ist, weil das »Andere« sich in dieser Weltsicht vor dem »Eigene« ausschließlich politisch, moralisch und kulturell zu rechtfertigen hat, dann wird das »Eigene« des liberal-demokratischen Kapitalismus zu dem unhintergehbaren Status quo, in den Linke noch bestenfalls ein paar sozialdemokratische, ökologische, feministische oder anti-rassistische Modifikationen einzuschleusen hoffen können.

Die China-Debatte kann schließlich nicht von den ideologischen Auseinandersetzungen, sozialökonomischen Widersprüchen und politisch motivierten Interpretationen im innerwestlichen Diskurs losgelöst betrachtet werden. Denn Chinas »Aufstieg« ist eine unbestrittene Tatsache, und dies allein stellt

¹⁹ Eriksen 2010.

bereits eine Interpretationsherausforderung dar, mit der vor allem der Neoliberalismus aber auch Linke oft schwer umgehen können und entsprechend die Debatte mit kognitiven und konzeptionellen Vorannahmen in der einen oder anderen Weise rahmen.

Laut einem einst sehr populären, aber in den letzten Jahren etwas verblasenden Narrativ hat China einen erfolgreichen »Übergang zum Kapitalismus« vollzogen und verdankt seinen Erfolg der Anwendung der Prinzipien des freien Marktes. Wenn dies der Fall gewesen wäre, müssten Neoliberale den chinesischen Entwicklungspfad fortwährend preisen und als Paradebeispiel für den realweltlichen Erfolg ihrer Ideologie präsentieren. Zumindest könnten sie sich nicht beschweren, wenn sie in dem Spiel, dessen globale Regeln sie selbst entwickelt haben, besiegt worden seien. Auch bleibt die Frage offen, warum andere kapitalistische Länder des globalen Südens im Gegensatz zu China, das sich zumindest formal immer noch als sozialistisch versteht, keinen vergleichbaren Entwicklungserfolg erringen konnten.

Die westliche Linke hingegen war in den letzten gut 30 Jahren – von einigen markanten, gleichwohl meist chinaspezialisierten Ausnahmen abgesehen – nicht sonderlich an China interessiert. Man vertrat ebenfalls allgemein die Auffassung, dass China kapitalistisch sei und man sich daher nicht (mehr) für China interessieren müsse. In den ersten Jahrzehnten der Reform- und Öffnungspolitik war diese Argumentation angesichts sozialer Verwerfungen, rechtloser Massen von Wanderarbeiter*innen, Ungleichheit und unterentwickelter sozialer Infrastrukturen und ökologischer Katastrophen leicht zu führen. Angesichts der Erfolge in der Armutsbekämpfung, mehrerer hundert Millionen Menschen, die in die Mittelklasse aufgestiegen sind, einer Ökonomie, die sich vom untersten Rand der globalen Verwertungskette zu einer hochwertigen High-Tech Ökonomie gewandelt hat, einer hochmodernen Infrastruktur – von Hochgeschwindigkeitszügen, 5G-Mobilnetzen oder Nahverkehrssystemen – oder massiver Investitionen in nachhaltige, grüne Energien, ambitionierter Klimaziele und politischer Zielvorgaben für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft, scheint eine anti-kapitalistische Argumentation zunehmend schwierig; denn wäre in China der Kapitalismus wieder »installiert« und folglich zum zentralen Treiber der Entwicklung der letzten 40 Jahre worden, dann müsste man eingestehen, dass diese kapitalistische Modernisierung hinsichtlich der Wohlstandsmehrung nicht nur kleinster lokaler Eliten, sondern gerade auch breiter Bevölkerungsschichten recht erfolgreich gewesen ist und dass es möglich ist, den Teufelskreis aus Kapitalarmut und Schulden, Niedriglöhnen, Abhängigkeit und geringer Wertschöpfung durchzubrechen, der den Globalen Süden so lange seiner eigenen Entwicklung beraubt hatte.

Die nächste argumentative Ebene desselben Narrativs gründet auf der Behauptung, dass China zwar das kapitalistische Spiel gespielt, sich aber einen

unfairen Vorteil verschafft habe, Es habe »die Regeln« gebrochen – zum Beispiel durch die Aneignung »geistigen Eigentums«, die Manipulation der eigenen Währung oder eines hyperausbeuterischen Niedriglohn-Sektors, welcher zur Auslagerung von Arbeitsplätzen in den alten Industriezentren und letztlich zu Deindustrialisierung im Westen geführt habe. Diese Behauptung entlarvt lediglich die Regeln als das, was sie schon immer waren: einerseits als Versuch, Monopole und Privilegien der bereits Reichen zu bewahren und andererseits, China für die Probleme der Arbeiterklasse im kapitalistischen Zentrum zum Sündenbock zu machen. Das scheint leichter zu sein, als die jahrzehntelange arbeiterfeindliche Politik, die Schwäche der traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse oder das Fehlen einer wohlfahrtsstaatlich eingebetteten und ökologisch neu ausgerichteten Industriepolitik anzugehen.

Auf der untersten Ebene des Narrativs, auf der sich so unterschiedliche Stimmen wie Mike Pompeo, Gordon Chang oder Reinhard Bütikofer artikulieren, geht es schließlich darum, China als »totalitären« Staat und als aggressive Wirtschaftsmacht, vorangetrieben von seiner Kommunistischen Partei, darzustellen. Hinter dieser Kennzeichnung Chinas als machtvolle kommunistische Bedrohung verschimmt das eigentliche Wesen des chinesischen Wirtschaftsmodells; was einzig übrig bleibt ist, dass es konkurrierend, kommunistisch-kapitalistisch und vor allem böse ist. Doch indem das China-Modell als in nur kurzer Zeit gewachsene Gegenmacht zum Westen aufgebaut und kommuniziert wird, muss letztlich eingestanden werden, dass Chinas Entwicklungspfad erfolgreich war. Dies wiederum negiert die triumphierende Pose, mit der sich der Neoliberalismus in den letzten 40 Jahren als alternativlos präsentierte.

In all diesen politisch medialen Debatten dient der »China«-Bezug mehr dazu, die jeweilige ideologische Identität des Westens und seiner intellektuell-politischen Kultur zu konstituieren, als tatsächlich etwas Aufschlussreiches oder sogar Nachdenkliches über Chinas Wirklichkeit zu sagen. China ist längst nicht mehr ein exklusives Thema von Sinolog*innen und »Expert*innen«, sondern das Fremdartige, gleichwohl »Durchschaute« und »Erkannte«, offen für jedwede selbstgerechte politische und kulturelle Kritik. Diese diskursive Repräsentation Chinas, die weder objektiv noch uneigennützig ist, bietet ein Beispiel dafür, was Gayatri Spivak als »sanktionierte Ignoranz«²⁰ bezeichnet. Eine Ignoranz, die sich gerne als Objektivität geriert²¹ und für die man sich keine Rechenschaft abgeben muss. Es ist zugleich ein Phänomen ungleichmäßiger Wissensproduktion in der Welt insgesamt, die die eigene Machtposition stabilisiert.

Der eingangs erwähnte »blinde Fleck« beschreibt die häufige Unfähigkeit in der China-Debatte, einen Bezug auf die (Post)Kolonialität des herrschen-

²⁰ Spivak 2014: 171.

²¹ Code 2004.

den Wissens und einer Verortung der eigenen Position darin selbst zu reflektieren.²² Was es braucht ist, »einen Blick auf den Zusammenhang zwischen Beobachteten und Beobachtenden zu ermöglichen, zwischen den Produkten und der Produktion, zwischen dem Wissen und dem Ort seiner Entstehung«.²³

Linker China Diskurs

Natürlich können westliche China-Beobachter*innen nicht über ihren »epistemologischen Schatten« springen. Natürlich dürfen unterschiedliche kulturell geprägte Weltsichten nicht gegeneinander in Stellung gebracht, als kulturell-historischer Relativismus oder als Entschuldigung politischer Repression missbraucht werden. Natürlich dürfen Ernsthaftigkeit, Integrität, wissenschaftliche Methodik oder die kritische Selbstreflexion der eigenen Erkenntnisinstrumente und kulturellen Annahmen der überwiegenden Mehrheit der China-Forschung in Zweifel gezogen werden. Natürlich können Außenperspektiven Entwicklungen und Strukturen, Probleme und Verwerfungen mitunter klarer erkennen und identifizieren als so manche Innen- oder Nahperspektive, deren Blick aufs Ganze oft verstellt ist. Und natürlich kann es schließlich nicht darum gehen, Unterschiede zu verabsolutieren und als unüberwindbar zu beschreiben. China hat zwar einen eigenen Weg der Moderne eingeschlagen, der sich sehr deutlich von dem westlichen unterscheidet. Das bedeutet aber nicht, dass es nicht auch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten und Entwicklungsparallelen gibt.

Dennoch bleibt die Frage, wie die Einseitigkeit der westlichen China-Debatte überwunden werden kann. Wie können spezifische Denk- und Erklärungsansätze die Realität des Anderen in ihrer ganzen Komplexität und Widersprüchlichkeit erfassen? Wie können Erkenntnisprozesse neu gebildet werden, die auch einen anderen Satz von Fragen und Antworten erlauben? Hier gibt es keine einfache Antwort. Doch um einer Realität zumindest nahezukommen, muss es darum gehen, die Beobachtungsperspektiven zu multiplizieren.

Es ist immer nützlich, darüber nachzudenken, wie sich andere Werte, Sichtweisen und Erklärungen aus ihrem jeweiligen historischen Kontext heraus entwickelt, wie Ideen spezifische Gestalt angenommen und wie sie sich in Institutionen materialisiert haben.

China diskutiert sich mit sich selbst und man muss diesen anderen, den chinesischen China-Diskurs in seiner eigenen Logik und in seiner historischen Bedingtheit ernstnehmen.

²² Kaltmeier 2012: 41f.

²³ Coronil 2002: 184.

Den anderen Diskurs ernstnehmen bedeutet, China so zu betrachten, wie die Chines*innen ihr Land betrachten, Chancen und Visionen, aber auch Verwerfungen und Probleme so zu diskutieren, wie Chines*innen diese diskutieren. Es bedeutet nicht, Mängel und Widersprüche zu ignorieren, diese aber nicht allein nach den westlichen Werten und Maßstäben zu beurteilen, sondern sie in ihrer eigenen Kultur oder ihrem eigenen Umfeld zu verstehen versuchen.

In der Buchreihe »Linker China Diskurs« kommen (überwiegend) chinesische Stimmen zu Wort, die das Land mit- und gegeneinander in einem gewachsenen und komplexen Kontext politischer Fragen und Probleme diskutieren. Sie stellen zusammen einen Teilausschnitt eines sehr viel größeren chinesischen Diskurses dar (in dem sich auch nationalistische, liberale, neo-konfuzianistische oder neo-maoistische Debatten finden), in dem die Volksrepublik sich selbst reflektiert. Einen solchen Diskurs ernst zu nehmen, bedeutet zugleich mit Positionen und Begriffen konfrontiert zu sein, die einem selbst eher fremd, mitunter unbehaglich sind. Dieses Fremde oder Unbehagliche muss nicht unkritisch akzeptiert werden. Doch um China zu verstehen, ist es notwendig, es mit seinen eigenen Begriffen und Konzepten zu lesen.

Auch sind chinesische politische Kommunikationskultur und -muster, Begriffe, Assoziationen und Referenzen sehr voraussetzungs- und für westliche Leser*innen anfangs häufig schwierig und unverständlich. Daher stellt sich immer wieder die Frage, wie und wie weit diese Debatten »übersetzt« und erklärt werden können oder sollten. Doch wenn nur die Positionen und Ideen präsentiert werden, die sich kognitiv und normativ leicht in den eigenen Sinn- und Deutungszusammenhang einfügen lassen, dann wird das »Anderere« gerade nicht um seiner selbst willen ernstgenommen.

Zudem wird umgekehrt als selbstverständlich erachtet, dass sich chinesische Forscher*innen oder politische Beobachter*innen in die Kommunikationskultur, den historischen Hintergrund und politische Philosophie samt all dem für sie Fremden und Unbehaglichen der jeweiligen Länder des Westens einarbeiten, wenn sie denn deren Theorien, Ideen und Entwicklungen, Artikel, Texte und Reden diskutieren und bewerten wollen. Es findet sich in Europa noch immer allzu oft eine Denkweise, wonach europäische Geschichte Weltgeschichte und Allgemeinwissen ist, während die Geschichte anderer Weltregionen lokal und Spezialwissen ist.

Werden »bloß sprachlich« übersetzte (also nicht politisch kommunikativ korrigierte) Texte aus einem politisch-kulturellen Kontext in einen anderen implantiert – wie dies in der Buchreihe sehr häufig geschieht –, dann sind »Reibungen«, Diskrepanzen zwischen Intention und Rezeption, fehlendes Verständnis oder gar Missverständnis unvermeidbar.

Einige Argumente, Begriffe und vor allem auch Ideen, werden beim Lesen mancher Beiträge Widerspruch und Ablehnung erregen. Doch bei aller berech-

tigten Kritik und Ablehnung sollte man dennoch diese Positionen und Argumente erst einmal zur Kenntnis nehmen,

Zwei kognitive Kontexte, in denen chinesische Debatten stattfinden und die von chinesischen Autor*innen überwiegend als natürlich gegeben und unstrittig erachtet werden, westlichen Beobachter*innen allerdings sehr kritisch oder komplett anders gesehen werden – Sozialismus und Geschichte – sollen hier kurz skizziert werden.

Sozialismus

Die Verständnisprobleme fangen bereits bei der inhaltlichen Bestimmung des Sozialismus an.

Während China stets betont, sich noch in der Anfangsphase des Sozialismus²⁴ zu befinden, und an dem Ziel einer sozialistischen Transformation festhält, werden diese Selbstbeschreibung und strategische Selbstausrichtung von westlichen Sozialisten meist skeptisch betrachtet, wenn nicht sogar als leere Propagandafloskeln verworfen. Doch jenseits dieser Bewertung, dass China nicht sozialistisch sei, versäumen es westliche Linke ihrerseits zu oft, Sozialismus erstens als alternatives und funktionsfähiges sozial-ökonomisches System auf einen Begriff zu bringen. Denn ein solcher Sozialismus-Begriff müsste zweitens die Nahperspektive der Wut, des Zorns und der Verbitterung über die Übel und Ungerechtigkeiten des Kapitalismus im Hier und Jetzt mit einer strategisch-transformativen Fernperspektive verbinden und – als Bedingung erfolgreicher Praxis – theoretisch verdichten. Dies ist notwendig, um systemische Widersprüche des Kapitalismus – jenseits der bloßen Benennung unsozialer, rassistischer, imperialistischer oder umweltzerstörerischer Phänomene und entsprechender Einzelkämpfe – zu überwinden. Erst wenn sich Sozialismus begrifflich-narrativ in der Lebenswelt und vor allem Lebensperspektiven breiter Bevölkerungsschichten verankert wäre, könnten drittens überhaupt erst reale strategische Mobilisierungs- und Machtoptionen generiert werden.

Aber gerade in dem Moment, in dem die Widersprüche und selbstzerstörerischen Kräfte des globalen Kapitalismus überdeutlich werden, sind linke und sozialistische Kräfte weltweit so zersplittert und so unklar darüber, was die sozialistische Alternative eigentlich sein könnte wie wohl kaum in den letzten 150 Jahren. Es ist nicht einmal mehr klar, ob ein eigenständiger, umfassender sozialistischer Wirtschaftsaufbau tatsächlich die beste Alternative zur globalisierten kapitalistischen Krise darstellt oder ob man sich jeweils an einzelnen

²⁴ Z.B. Li 2021.

Widersprüchen abarbeitet, die in der Summe vielleicht in eine post-kapitalistische Zukunft weisen.

Vor diesem Hintergrund scheinen auch die Gräben zwischen westlichen Sozialisten und Sozialisten im globalen Süden breiter und tiefer geworden zu sein. Die antikolonialen Befreiungskämpfe und der Aufbau unabhängiger Nationalstaaten im globalen Süden stellten nicht etwa einen End- sondern vielmehr den Anfangspunkt eines langen, bis heute andauernden Überlebenskampfes und fortwährenden Experiments dar. Wenn sich Regierungen in postkolonialen Ländern erst einmal Fragen widmen müssen, wie sie sauberes Trinkwasser für die Bevölkerung bereitstellen, ein Bildungssystem aufbauen und den Lebensstandard steigern können, dann sind sie den Belehrungen ihrer westlichen Genossen, was Sozialismus ist und vor allem was es nicht ist, meist eher überdrüssig. »Mao, der bereits 1949 vor der Gefahr gewarnt hatte, dass die Volksrepublik China in wirtschaftlicher Hinsicht zu einer ›amerikanischen Kolonie‹ werden könnte, fühlte sich verpflichtet, zwei Arten von Ungleichheit auszumerzen: Jene, die im Inneren herrschte, aber auch, und vielleicht noch mehr jene, die China von den weiter entwickelten Ländern trennte. Durch eine stark beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte sollte die Überwindung des ersten Widerspruchs auch die Überwindung des zweiten erleichtern...«²⁵ Wang Hui beschreibt Chinas »kurzes« 20. Jahrhundert entsprechend als das Jahrhundert einer langen, fortwährenden Revolution, die 1911 begann und die erst mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik in den 1980er endete und die chinesische Gesellschaft immer wieder radikal und mit sehr hohen menschlichen Kosten durcheinander wirbelte.²⁶ Diese intergenerationellen Erfahrungen, Traumata und Hoffnungen prägen sich im chinesischen Sozialismus-Diskurs bis heute in einer sehr spezifischen Weise aus.

Die Gründe für begriffliche Unklarheiten und strategische Verwirrung der internationalen sozialistischen Bewegung scheinen auch unproduktive Verlängerungen von Debatten des 20. Jahrhunderts in die Gegenwart zu sein: diskursiv und konzeptionell ausgetretene Pfade bezüglich Staat und Klasse, Plan und Markt. Die gelebten Erfahrungen, normativen Defizite und Funktionskrisen des Sozialismus des 20. Jahrhunderts werden entweder ignoriert oder so verabsolutiert, dass nur noch sozialliberale Deutungen übrigzubleiben scheinen. In den Dichotomien des letzten Jahrhunderts scheint sich daher auch die Frage, ob China sozialistisch oder kapitalistisch ist, verfangen zu haben. Die Debatte ist oft teleologisch auf jeweils vermeintlich bestätigende Kennzeichen für entweder einen Kapitalismus oder einen Sozialismus in China fixiert, was

²⁵ Losurdo 2021: 132.

²⁶ Wang 2016.

aber weder hilfreich für einen internationalen Sozialismuskurs ist noch, um die Politikgestaltung in China selbst zu verstehen.

Sozialistische Bewegungen, Parteien und Organisationen sind Teil der Widersprüche des globalen Kapitalismus und in sich selbst widersprüchlich. Auch China ist Teil eben dieses geoökonomischen Widerspruchs und in sich selbst widersprüchlich. Diese Widersprüche wie auch das Wesen und die Dynamik des chinesischen Gesellschaftssystems – sowohl historisch als auch gegenwärtig – zu verstehen, anstatt über China »den Stab zu brechen«, ist wahrscheinlich einer der grundlegendsten Bedingungen für einen neuen Sozialismuskurs im 21. Jahrhundert.

China macht die Diskussion wahrlich nicht leicht: fortschreitende Expansion des Marktes und umfassende Privatisierungen ehemals öffentlichen Eigentums, Wachstum des Privatsektors und Entstehung gigantischer Konzerne, Öffnung für ausländische Investitionen und Börsenspekulationen, soziale Ungleichheit und schlechte Arbeitsbedingungen. Aber gleichzeitig wurde die absolute Armut beseitigt, das Wohlergehen hunderter Millionen Menschen verbessert, die Arbeiterklasse ist exponentiell gewachsen, die Menge, aber vor allem auch die Qualität der Vermögenswerte, die heute in Staatsbesitz sind, hat enorm zugenommen, sodass der Staat zu einem sehr viel effektiveren Akteur werden konnte als je zuvor in seiner Geschichte. Ob und inwieweit China seinem Anspruch folgend auf dem Pfad sozialistischer Transformation fortschreiten wird, wird die Zukunft zeigen. Doch durch die Entwicklung der Produktivkräfte und die Modernisierung eines handlungsfähigen Staates, wurden dafür zumindest erst einmal grundlegende Voraussetzungen geschaffen, die die Sowjetunion beispielweise zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte hatte.

All diese Widersprüche fordern allzu gängige Verständnisse von Sozialismus heraus. Doch so viel ist klar, ein mechanistischer Ansatz, der auf einem einfachen »Plan vs. Markt«-Gegensatz basiert, verfehlt die Dialektik zwischen Plan und Staat, wie sie sich gerade im chinesischen Experiment ausgeformt hat: Auf der einen Seite verstärkt der Markt den Staat, auf der anderen Seite leitet und formt der Staat den Markt. Der chinesische Staat sitzt nicht schlicht auf der Spitze einer gigantischen Pyramide öffentlichen Eigentums und öffentlicher Produktionsmittel, sondern ist ein dynamischer und strategischer Akteur, der mittels mehrerer Hebel politökonomische Prozesse in Gang setzt und ausbalanciert: Mal forciert der Staat Brüche und Störungen, um Entwicklungen voranzutreiben, mal ist er bestrebt, Wandel zu entschleunigen und Stabilität wieder herzustellen.

Für die globale Sozialismusdebatte hat China sicherlich auch ein paar Antworten, aber vor allem formuliert Chinas Aufstieg Fragen, die ein zeitgenössischer Sozialismuskurs entweder so oder so beantworten muss. Wie kann ein wohlhabender, dynamischer und offener Sozialismus sozial und politökonomisch aussehen, der gleichermaßen auf der Makro- wie auf der Mikroebene

funktioniert? Wie betrachtet man das Erbe der sowjetischen Erfahrungen? Wie charakterisiert man den chinesischen Sozialismus und seine Entwicklungsrichtung und -möglichkeiten? Wie kann sich ein Sozialismus im 21. Jahrhundert unter den Zwängen des Weltkapitalismus und Imperialismus überhaupt entwickeln? Wie hat es China geschafft, die Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapitalismus zu begrenzen? Wie ist es möglich, dass Sozialismus und Kapitalismus innerhalb einer politischen Ökonomie und sogar in einem Weltsystem koexistieren können? Wie können andere Länder das chinesische Modell replizieren und was würde dies für sozialistische Bewegungen weltweit bedeuten? Welchen Unterschied könnte ein sozialistisches China und sein weltweit wachsender Einfluss also für diejenigen auf der ganzen Welt haben, die eine sozialistische Orientierung verfolgen? Und schließlich welche nachholende Modernisierung ist im globalen Süden überhaupt möglich?

Loyale Kritiker

Letztlich geht es immer um die Frage, wie viel Staats- oder Parteinähe, wie viel Partejargon und offizielle Staatsdoktrin will man in einen Sammelband aufnehmen, dessen Ziel es ist, einen authentischen, gleichwohl unabhängigen und kritischen Blick auf eine chinesische Debatte zu werfen?

Doch diese Positionen und Formulierungen sind Teil des chinesischen Diskurses. Würde man sie weglassen, wäre man weniger an einem Diskurs interessiert, den China tatsächlich führt, und mehr an einem Diskurs, den man sich für China wünscht. Hinzu kommt, dass wenn man chinesische Politik verstehen will, man eine höchst formalisierte Sprache – (tifa 提法) – dekodieren muss. Die Reihenfolgen von Begriffsaufzählungen sind nie zufällig, Slogans und Wortzusammensetzungen sind das Ergebnis oft langer Verhandlungen, langfristiger Reflexion oder sogar Machtkämpfe. Während diese Formulierungen auf westliche Beobachter*innen oft als leere Worthülsen, sinnfreier Partejargon und Propagandafloskeln wirken, verstehen chinesische Akteure die komplexe Bedeutung einzelner Begriffe und wüssten sofort um die politischen Implikationen auch nur kleinster Veränderungen.

Und schließlich vertrauen wir auf die kritische Distanz der Leser*innen zu den jeweiligen Beiträgen; man kann bestimmte Positionen für ein Gesamtverständnis chinesischer Debatten und chinesischer Politik interessant und wichtig finden, jeweilige Inhalte jedoch ablehnen. Diese kritisch-interessierte Distanz hat uns auch bei der Auswahl der Beiträge geleitet. Ähnliches gilt für die Auswahl der Autor*innen, deren Sprache und Inhalte für westliche Leser*innen mitunter fremd und randständig wirken, die sich aber im chinesischen Kontext im »Mainstream« bewegen.

Die westliche China-Betrachtung kennt meist nur zwei chinesische »Sprechertypen« – nämlich systemkritische oder gar dissidente oder meist verspottete, nie wirklich verstandene staatsoffizielle, propagandistische –, die jeweils in alt-neuer orientalistischer Tradition, vor allem die Funktion erfüllen, das Selbstbild des Westens zu bestätigen und zu bestärken. Diese beiden Stimmen stellen in der Wirklichkeit der chinesischen politischen wie auch akademischen Debatte tatsächlich nur marginale Randpositionen dar. Die überwältigende Mehrheit der Sprecher*innen in China – bei all ihren unterschiedlichen Positionen – kann in die Kategorie der »Loyalen Kritiker« einsortiert werden (wie übrigens ganz ähnlich in westlichen Gesellschaften auch). Loyale Kritiker kritisieren – einige eher von links, andere eher von rechts – Politiken und Institutionen, Entwicklungen und Verfahren. Sie weisen auf Defizite und Fehlentwicklungen hin. Sie interessieren sich für die Verkehrspolitik in ihrer Stadt, für Genderfragen oder für die Regulierung des Wohnungsmarktes. Sie sind Mitglied der KPCh oder nicht, sie haben unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Herkünfte und unterschiedliche Zielvorstellungen. Sie haben eine große ideologische Nähe zur Regierung oder eher eine ideologische Distanz. Sie sind teilweise Idealisten, teilweise Zyniker. Loyale Kritiker sind in ihrer Gesellschaft und ihrer Kultur verwurzelt, sie teilen kollektive Erinnerungen und die daraus erwachsenen kollektiven Hoffnungen und Ängste. Sie bewegen sich selbstbewusst und selbstsicher in den institutionellen Strukturen, in die sie hingewachsen sind. Sie kennen unterschiedliche Karrierewege und richten ihre Lebensentscheidungen danach aus. Sie hoffen, dass China in seiner Entwicklung vorankommt und dass es »besser« wird, dass es mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit und mehr Freiheit gibt.

Doch loyale Kritiker wollen weder den Parteienstaat noch die KPCh überwinden, sie stellen nicht das politische System insgesamt in Frage.

Die essentialistische Frage, wie Chinas Bürger*innen zu ihrem Staat stehen, ist also eine Frage, die unentwegt fast nur von westlichen Beobachter*innen gestellt wird und die im chinesischen Alltag selbst (auch jenseits offizieller Kanäle) keine Entsprechung findet. Auch das kontinuierliche »Scannen« chinesischer sozialer Medien, um hinter Kritik oder auch Erregung zu bestimmten Themen und Fragen sogleich stets eine fundamentale Systemopposition auszumachen, sagt oft mehr über den westlichen Beobachter und seinen ideologischen Vorannahmen aus als über die chinesische Realität.

History matters

Gerade vor dem historischen Hintergrund der traumatischen Erfahrung mit dem Kolonialismus betrachten loyale Kritiker die KPCh als zentrale Garantin für Stabilität, Wohlstand und Entwicklung in China. Die KPCh schöpft enorme Legitimation aus Chinas Geschichte, aus dem historischen Kampf um Selbstbehauptung und aus der Etablierung des »Neuen Chinas«. Wenn man bedenkt, wie zerstörerisch und brutal teilweise die Geschichte der Partei ihrerseits gewesen ist, dann wird deutlich, wie vollständig der Zusammenbruch des staatlichen Gefüges im sogenannten Jahrhundert der Erniedrigung war, wie groß Rechtlosigkeit und Chaos, Armut und Verzweiflung waren und wie sehr sich dieser Niedergang im kollektiven Gedächtnis über Generationen festgeschrieben hat, dass der KPCh die Wiederherstellung einer geordneten Staatlichkeit 1949 trotz aller Verwerfungen als die zentrale historische Leistung bis heute gutgeschrieben wird. Deshalb ist entgegen gängigen Vorstellungen nicht (primär) der wachsende Wohlstand, sondern eher die Geschichte des Wiederaufstiegs Chinas, die die Legitimation des KPCh-Parteienstaats begründet. Und auch wenn die KPCh das »Jahrhundert der Erniedrigung« immer wieder im eigenen politischen Sinne propagandistisch aktiviert und nutzt, ist die gesellschaftliche Erinnerung daran nicht weniger authentisch.

Mit dem ersten Opiumkrieg, den ungleichen Verträgen und der Erpressung von Konzessionen durch die europäischen Länder in den 1840er-Jahren begann die historische Phase, in der die Qing-Dynastie samt ihrem staatsadministrativen System graduell kollabierte. Bis ins frühe 19. Jahrhundert hatte China eine der effektivsten Verwaltungen der Welt hinsichtlich ihrer Fähigkeit, großflächige Umweltereignisse (Dürre und Überschwemmungen) zu bewältigen und Hungersnöte zu lindern. China hatte immer Gebiete mit Getreideüberschuss, während andere unter Getreidedefiziten litten und die wichtige Aufgabe der Zentralregierungen bestand immer darin, bei akuten Notlagen umzuverteilen – wobei dies den jeweiligen Dynastien freilich unterschiedlich gut gelungen ist. Der »Große Kanal« (ein vielleicht noch beeindruckenderes Bauwerk als die »Chinesische Mauer«) als wichtigste Versorgungsader zwischen Norden und Süden wurde zu diesem Zweck gebaut. In schwierigen Zeiten im Norden konnte Reis vom Süden herbeigebracht werden, hatte der Süden Probleme konnten Hirse und Weizen vom Norden verschifft werden. Zudem hatte jeder Landkreis in China ein Getreidelager und eine der wichtigsten Pflichten des lokalen Mandarins bestand darin, die Getreidespeicher voll zu halten.

Die Auswirkungen des Kolonialismus in China trugen entscheidend zum Zerfall der staatlichen Kapazitäten und Infrastrukturen bei, die noch im 18. Jahrhundert spektakulär Hungersnöte lindern konnten. Ohne Kontrolle und Mittel durch die zunehmend geschwächte Zentralregierung in Beijing begannen

korrupte Beamte vor Ort, die Getreidespeicher zu verkaufen. Der »Große Kanal« wurde nicht instandgehalten und wurde zudem alsbald von Piraten kontrolliert. China erlebte in den 1860er-Jahren neben dem zweiten Opiumkrieg noch drei Bürgerkriege, von denen der größte – die Taiping-Rebellion – mit wahrscheinlich 20-30 Millionen, bei anderen Schätzungen, die Hunger- und Seuchentote miteinbeziehen sogar bis zu 100 Millionen Toten der blutigste der Weltgeschichte ist.²⁷

In den späten 1860er-Jahren kam es zu einer Hungersnot im Süden Chinas, in den 1870er-Jahren gab es eine Hungersnot im Norden, die zu einer Katastrophe mit über zehn Millionen Toten wurde. In einigen Landkreisen wurde es buchstäblich zu einem Aussterbeereignis. 1890er-Jahren kam es in Nordchina erneut zu einer Hungersnot mit zehn Millionen Hungertoten,²⁸ die 1900 zum Boxeraufstand führte, der wiederum von Kolonialarmeen brutal niedergeschlagen wurde. In den Jahren 1907 und 1911 starben in den östlichen Regionen Zentralchinas 24 Millionen Menschen an Hungersnöten. In den 1920er- und 1930er-Jahren brach das Land auseinander und der Staat als Ordnungsmacht in sich zusammen, es gab so gut wie keine staatliche Struktur und entsprechende Sicherheit mehr. Lokale »Warlords« und hunderte lokale Unterkommandeure, die eigene Machtbereiche kontrollierten, herrschten brutal und willkürlich, und pressten aus den völlig verarmten Bauern hohe Steuern heraus. Bittere Armut, Dürren, Überschwemmungen oder Bürgerkriegsverheerungen führten zu weiteren Hungersnöten, die in den 1920er- und 1930er-Jahren nochmals fünfzehn Millionen Opfer forderten. Im Zweiten Weltkrieg starben 20 Millionen Chines*innen, 95 Millionen werden zu Flüchtlingen.

Kurzum: Vor der Gründung der Volksrepublik war China eines der ärmsten Länder der Welt, in dem die Chancen, alt zu werden nicht sehr groß waren. Im Jahr der Gründung der Volksrepublik starb die Hälfte aller Menschen vor Erreichung des 30. Lebensjahr. Angesichts unbeschreiblicher Armut, Rechtlosigkeit und Gewalt starben die Menschen wie Fliegen. Noch 1949, dem Jahr, in dem Mao Zedong in Beijing im Oktober die Volksrepublik proklamierte, waren beispielsweise auf den Bürgersteigen Shanghais die Leichen der Hungertoten allgegenwärtig.²⁹ Zum Zeitpunkt der Proklamation des »Neuen Chinas« waren über 80% der Chines*innen Analphabeten, es gab weder eine soziale, industrielle noch administrative Infrastruktur.

Auch wenn die kommunistische Machtergreifung und die Gründung der Volksrepublik weder Hungerkatastrophen noch Chaos sogleich beenden konnten und diese im Fall des »Großen Sprungs nach Vorn« und der »Kulturrevo-

²⁷ Platt 2016.

²⁸ Davis 2001: 7.

²⁹ Heberer 1988: 80.

lution« sogar verschlimmerten, Hunger, Tod und Chaos kamen nicht mit der KPCh und der Volksrepublik nach China.

Trotz fehlgeleiteter Experimente, sozialökonomischer Vor- und Rückschritte, revolutionärer Exzesse, Gewalt und Rechtlosigkeit, konnte die junge Volksrepublik den Teufelskreis aus Krieg, Armut und Unterentwicklung, Anarchie und Staatszerfall in einem völlig pauperisierten Land durchbrechen und endlich wieder eine Staatlichkeit etablieren, die überhaupt erst die Voraussetzungen für (wenn auch nur rudimentäre) nationale Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme schuf.

Auch wenn die offiziellen Berechnungen von durchschnittlich 6,7% Wirtschaftswachstum der Mao-Jahre von vielen Analysten in Frage gestellt werden und unabhängige Schätzungen von 4%³⁰ über 6%³¹ bis zu 8%³² durchschnittliches Wachstum reichen, sind die Wachstumsraten im Vergleich zu dem BIP-Wachstum der Reformära eher bescheiden. Aber vor allem jenseits der rein wirtschaftlichen Entwicklung konnten in der Periode von 1949-1978 große soziale und humanitäre Fortschritte erzielt werden wie in kaum einem anderen Land mit vergleichbar ungünstigen Entwicklungsvoraussetzungen.

Ein Blick auf Chinas Entwicklung der Lebenserwartung im Vergleich zu Indien – als ein anerkannter Indikator für soziales Wohlergehen – verdeutlicht Chinas außergewöhnlichen Entwicklungssprung bereits in der Vor-Reformzeit.

Als es 1947 seine Unabhängigkeit erlangte, lag Indiens durchschnittliche Lebenserwartung bei 32 Jahren, Chinas Lebenserwartung im Jahr 1949, dem Gründungsjahr der Volksrepublik, lag bei 35 Jahren (so viel zu den »zivilisatorischen Segnungen« von 150 Jahren westlichem Kolonialismus in den beiden Ländern). 1978, dem letzten Jahr vor der Reform in China, lag die Lebenserwartung in China bei 67 Jahren und in Indien bei 55 Jahren – eine Lücke von zwölf Jahren. Dieser Unterschied lag nicht daran, dass Indien eine schlechte Bilanz hatte – wie der Anstieg der Lebenserwartung um 22 Jahre in einem Zeitraum von 31 Jahren eindrücklich zeigt. Doch Chinas Entwicklung war weltgeschichtlich sensationell – die Lebenserwartung stieg um 32 Jahre in einem Zeitraum von 29 Jahren.³³

Im politischen Diskurs finden sich tatsächlich viele (aber bei weitem nicht alle) Sprecher*innen, die die Geschichte der Volksrepublik und der KPCh, insbesondere auch der Mao-Ära, wesentlich durch das Prisma der kolonialen Vorgeschichte und Kalten Krieg-Konfrontation betrachten. Das mündet allzu oft in Geschichtsrelativismus, gar einem Aufrechnen von Opferzahlen und revolu-

³⁰ Brandt /Rawski 2008

³¹ Naughton 2007; Cheremukhin et al. 2015.

³² Lau 2022; Funabashi /Oksenberg/ Weiss 1994.

³³ Ross 2021: 17.

tionärem Machiavellismus. Aber auch bei jenen, die die Opfer und Fehler der Volksrepublik in ihrem eigenen historischen Recht und nicht relativierend betrachten wollen, ist der größere historische Kontext stets präsent.

So sehr sich Geschichte als normativer wie strukturierender Faden durch die chinesische Debatte zieht und dabei oft auch als »Entschuldigung« fungiert, so sehr fehlt der westliche China-Debatte häufig die politische Fähigkeit, China als etwas aus der Geschichte Erwachsenes zu betrachten. Es fehlt, sich selbst in Relation zum Beobachtungsobjekt historisch zu situieren. »Colonial Privilege« vor allem im deutschsprachigen Journalismus artikuliert sich unter anderem als Luxus, sich nicht mit dem kolonialen Erbe als geoökonomische und machtpolitische Voraussetzung der heutigen Welt und der heutigen internationalen Machtbeziehungen auseinandersetzen zu brauchen und sich zugleich stets das Recht vorzubehalten, diese Welt immer und überall kritisieren zu dürfen.

Der Blick in Chinas Geschichte erklärt aber auch die andere Wahrnehmung der Rolle und Funktion des Staates. Während in westlichen Gesellschaften (wo bei hier zwischen angelsächsischen und kontinentaleuropäischen deutlich unterschieden werden muss), Freiheit als Abwesenheit einer externen Autorität, als Fehlen eines starken, intervenierenden Staates verstanden wird, sehen Chines*innen einen starken Staat als Grundbedingung für ihre Freiheit. Den besonderen kulturellen konfuzianistischen Kontextbedingungen an dieser Stelle unberücksichtigt lassend, ist es vor allem auch Chinas kollektive Erinnerung an Staatszerfall, Bürgerkrieg, Hungerkatastrophen und Chaos, welche eine spezifische Erwartung an einen Staat prägt, der machtvoll und handlungsfäh die Voraussetzungen für die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten herstellt.

Der vorliegende zweite Band »Immer noch tastend den Fluss überqueren« der Reihe »Linker China Diskurs« fokussiert auf das chinesische Wirtschaftsmodell. Dieses Modell ist zwar in den letzten Jahrzehnten ausgiebig und immer wieder aus verschiedenen politischen Perspektiven, mittels höchst differenzierter Methoden und Forschungsschwerpunkte betrachtet, analysiert und bewertet worden. Doch je mehr Chinas Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist, desto mehr differenzierte sich eine komplexe sozialökonomische Binnenstruktur aus, die es als Ganzes zu erfassen immer schwieriger wurde. Gleichwohl reicht umgekehrt die Betrachtung einzelner Teildimensionen des Systems allein meist nicht aus. Zentrale Teildimensionen wie beispielsweise strategische Wirtschaftsplanung, öffentliche/staatliche Unternehmen oder Investitionslenkung scheinen für sich genommen nicht außergewöhnlich zu sein. Es sind vielmehr die Interaktionen dieser Teilbereiche, die unterschiedliche Dimensionen verbindenden, feedback-gesteuerten Prozesse und politischen Leitmotive, die das Spezifische dieses Wirtschaftsmodells kennzeichnen. Hinzu kommt die schiere Geschwindigkeit der Veränderung dieses

Modells, das kaum in einem bestimmten Moment zu fixieren ist. Es sollte eher analytisch in seiner unabgeschlossenen und experimentellen Entwicklungsdynamik und -richtung erfasst werden.

Zu Beginn des Jahres 2021 rief Chinas Regierung »gemeinsamen Wohlstand« als neue wirtschaftspolitische Leitlinie aus. Das soll einen Schwenk von einer rein expansiv-quantitativen Wachstumsorientierung und primären Ausrichtung auf die Entwicklung der Produktivkräfte der frühen Reformphase hin zu eher qualitativen, sozial gerechten und nachhaltigen Wachstumszielen kennzeichnen. Auch in dieser neuen Phase wird das chinesische Modell den Fluss vorsichtig, experimentierend und tastend überqueren.

Für diesen Band wurde eine Reihe von Artikeln führender chinesischer Expert*innen ausgewählt, die sich aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit dem chinesischen Wirtschaftsmodell auseinandersetzen. Sie stellen insgesamt zwar keinen vollständigen, aber doch einen repräsentativen Überblick zu Forschungsansätzen und gängigen Zielvisionen der chinesischen Debatte dar. Allen Autor*innen dieses Bandes ist gemeinsam, dass sie das chinesische Modell als ein sich auf einem sozialistischen Pfad befindliches Modell erachten – einige machen diese Argumentation explizit, andere setzen diese Einschätzung als Grundlage ihrer Untersuchungen als selbstverständlich voraus. Einer solchen Sichtweise oder Bewertungen kann man zustimmen oder nicht – und westliche Leser*innen werden häufig nicht zustimmen. Doch die Beiträge in diesem Band machen sehr deutlich, dass das »Sozialistische« im chinesischen polit-ökonomischen Such- und Gestaltungsprozess und der (marxistischen) politökonomischen Debatte sehr viel mehr ist als eine leere Floskel, wie dies von westlichen Beobachter*innen, vor allem auch Teilen der westlichen Linken oft herablassend unterstellt wird. Ferner bewerten alle Autor*innen das chinesische Entwicklungsmodell – bei aller Kritik im Detail – grundsätzlich positiv. Auch diesen Einschätzungen muss man nicht zustimmen. Doch chinesische Forscher*innen und politische Akteur*innen versuchen, ihre politische Ökonomie, ihr ökonomisch-kulturelles Ökosystem und ihre Geschichte zu verstehen und mit Sinn auszustatten. Ohne eine Kenntnis ihrer Erklärungen und Deutungen, Zielvisionen und Empfehlungen, ist es unmöglich, Chinas Entwicklungsweg zu verstehen.

Chinas Entwicklungsmodell ist nicht allein auf der makroökonomischen Ebene mittels Kennziffern und Theorien zu verstehen – so wichtig diese auch ist –, sondern auch über konkrete Policies und Experimente in den Dörfern und Kommunen vor Ort. Daher wurden die Beiträge so ausgewählt, dass die thematische Bandbreite von abstrakt-theoretischen Analysen bis zur Diskussion spezieller Policy-Entwürfen reicht, von der Untersuchung zentraler politökonomischer Institutionen auf der Makroebene bis zu kleinsten Initiativen auf der Mikroebene.

Bei den Beiträgen, die sich um Fragen des ökologischen Umbaus drehen, wurden besonders solche ausgewählt, die eher Politikexperimente diskutieren. Angesichts der drohenden Klimakatstrophe ist die sozial-ökologische Transformation die größte gesellschaftspolitische wie ökonomische Herausforderung der Menschheit, für die es aber weder Blaupausen eindeutiger Handlungsstrategien noch Erfolgsgarantien gibt. Ob die in diesem Band diskutierten Experimente der »Ökologischen Zivilisation« – wie die Makro-Strategie ökologischer Transformation in China genannt wird – letztlich erfolgreich sind, ist nicht klar. Doch das chinesische Entwicklungsmodell hat Raum für eine Vielzahl derartiger Experimente, die es in einem permanenten Suchprozess ermöglichen, nach zufälligen Gelegenheiten und Entdeckungen zu suchen und diese an immer neue Anforderungen anzupassen. Insofern ist die »Ökologische Zivilisation« für westliche Beobachter*innen konzeptionell schwer zu fassen. Denn sie stellt einen Politikprozess dar, in dem gleichzeitig erstens dezentrale Politik-Experimente in Experimentierzonen durchgeführt, zweitens konkrete Aktionsprogramme und Reformen implementiert, drittens Policies im Sinne einer Priorisierung in vielen Politikfeldern strategisch koordiniert werden und viertens eine zusammenfassende und leitende Theorie entwickelt wird.

Um das chinesische Entwicklungsmodell zu diskutieren, sollten wir den Blick nicht nur auf vollends implementierte Politiken richten. Wir sollten den Prozess beachten, in dem diese Politiken entwickelt und formuliert, dann verfeinert und schließlich generalisiert werden.

Alle Beiträge sind zuerst (überwiegend) auf Chinesisch in chinesischen Zeitschriften erschienen. Sie richteten sich ursprünglich an ein chinesisches (Fach) Publikum, setzten bestimmtes Vorwissen voraus und benutzten ganz selbstverständlich bestimmte Formulierungen oder Jargons der chinesischen politischen Kommunikations- bzw. Wissenskultur, die westlichen Leser*innen fremd ist. Doch auch wenn die Kommunikationskultur nicht gänzlich und widerspruchsfrei übersetzt werden kann, werden dennoch in den Fußnoten bestimmte Begriffe und historische Ereignisse oder Personen erklärt, die für das Gesamtverständnis der Texte hilfreich sind.

Den Auftakt des Bandes bildet ein Aufsatz von Meng Jie, der das chinesische Modell institutionentheoretisch untersucht und seine Betrachtungen dabei auf die französische Regulierungsschule, die Theorie institutionellen Wandels von Douglass North und Mao Zedongs sozialistischen Institutionenökonomie stützt. In dieses Modell wird die KPCh als eine zentrale und zugleich einzigartige ökonomische Institution identifiziert, die die Schumpetersche »kreative Zerstörung« und die entsprechende Freisetzung und Entwicklung der Produktionskräfte gefördert und vorangetrieben hat

Yan Yilong gibt einen Überblick zum kontinuierlichen Wandel von Chinas Fünfjahrplänen von den frühen Plänen in den 1950er-Jahren bis in die Gegen-

wart. Die heutigen Fünfjahrpläne haben fast gar nichts mehr mit den von der Sowjetunion inspirierten Plänen gemeinsam. Sie sind heute strategische Richtlinienzielsetzungen, die sich in eine dynamische Marktwirtschaft integrieren und gleichzeitig gesamtgesellschaftliche und -ökonomische Entwicklung zielorientiert vorantreiben.

Mit der Betrachtung des ökonomischen Wettbewerbs zwischen unterschiedlichen Provinzen untersuchen Meng Jie und Wu Fenghua in ihrem Beitrag ein häufig übersehenes Merkmal des chinesischen Modells. Lokalregierungen stellen eine wichtige Institution dar, die sich seit Beginn der Reform herausgebildet hat, einen einfachen Staat-Markt-Gegensatz durch eine weitere »staatliche« Ebene erweitert und die in erheblichem Maß die Besonderheit der chinesischen sozialistischen Marktwirtschaft ausmacht.

Im dem folgenden Beitrag untersuchen Qi Hao und David M. Kotz die Rolle staatseigener Unternehmen im chinesischen Entwicklungsmodell. Sind staatseigene Unternehmen bloß eine andere Eigentumsform, ansonsten aber ebenso profitgetrieben und marktrational wie privatkapitalistische Unternehmen? Oder kommt ihnen in der sozialistischen Marktwirtschaft eine spezifische strategische und wachstumsfördernde Funktion zu? Qi und Kotz betrachten hier Investitionen staatseigener Unternehmen in Phasen wirtschaftlichen Abschwungs oder in relativ riskante Technologiebereiche und deren Lohnpolitik.

Dass viele aufstrebende Volkswirtschaften in die »mittlere Einkommensfalle« fallen können, wenn der Aufstieg von niedrigen zu mittleren Einkommen ihnen ihren globalen Wettbewerbsvorteil nimmt, wird in der Wirtschaftswissenschaft wie in den Medien breit diskutiert. Gong Gang untersucht in seinem Beitrag, ob China mittels eigener Forschung und Entwicklung einen qualitativ neuen Wachstumstyp generieren, so der »mittleren Einkommensfalle« entkommen und zu den hohen Einkommensländern aufschließen kann.

Wang Yunbin betrachtet in seinem Artikel die Entwicklung des Sozialhilfesystems seit der Gründung der Volksrepublik China von der Ära des »ergänzenden Sozialhilfesystems« bis hin zur Ära der »angemessenen universalen Sozialhilfe«. Er zeigt, dass China in Zukunft ein sozialistisches Wohlfahrtssystem mit chinesischen Merkmalen aufbauen und schrittweise ein »entwickelt universales Sozialhilfesystem« ansteuern muss.

Hinsichtlich des ökologischen Umbaus der chinesischen Wirtschaft stellt das Jahr 2012 eine wichtige Zäsur dar. In diesem Jahr wurde die ökologische Zivilisation als Kernziel der Modernisierung und entsprechend als eine Hauptaufgabe nationaler Regierungspolitik – neben der wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen Modernisierung (sogenannte Fünf in Eins-Modernisierung) aufgewertet. Um Möglichkeiten im Bereich des Umweltschutzes auszuprobieren und ökologisch-transformative Strategien zu entwickeln, wurden

die 2016 eingeleiteten und danach rasch umgesetzten »nationalen Pilotgebiete der ökologischen Zivilisation« eingerichtet. In ihrem Beitrag betrachten Huan Qingzhi, Sun Wei und Chen Yiwen die Experimentierzonen in den Provinzen Fujian, Jiangxi, Guizhou und Hainan und die entsprechenden »Vorstöße« grünen Wandels.

Im sich hieran anschließenden Beitrag analysieren Cui Li, Sun Wei und Zhang Yue die Rolle der Ökobanken beim Aufbau der sozialistischen Öko-Zivilisation auf der lokalen Ebene. Sie fragen, ob diese Banken Instrumente zentralstaatlicher Lenkung in Richtung einer ökologischen Wirtschaftsentwicklung sein können.

Den Abschluss bildet schließlich ein Beitrag von Ding Pingjun und Yang Shanhua, in dem sie ihre Erfahrungen mit »Dorfbanken« im noch eher unterentwickelten Süden Chinas vorstellen. Dieser Beitrag unterscheidet sich von den anderen Beiträgen in zweifacher Hinsicht: Erstens sind die Autor*innen keine distanzierten Beobachter, sondern mit ihrer Nichtregierungsorganisation selbst aktive Akteure und direkte Teilnehmer des Entwicklungsprozesses, den sie beschreiben. Zweitens ist der Beitrag kein Artikel in einem wissenschaftlichen Magazin, sondern basiert auf einem Erfahrungsbericht an ein Parteigremium auf Provinzebene, um die Projektidee im größeren Rahmen umzusetzen. Die Ergebnisse werden eher subjektiv beschrieben. Mit den »Dorfbanken«, die die Dorfbewohner selbst verwalten, versuchen die Autor*innen in den Dörfern ein kollektives Verantwortungsbewusstsein zu (re)aktivieren und nutzen ein Anreizinstrument für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft.

Die Welt befindet sich gegenwärtig in einer Umbruchphase welthistorischen Ausmaßes. Der Aufstieg Chinas, mehr noch der Aufstieg des globalen Südens wird die räumliche Hierarchisierung und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den einzelnen Zonen im Weltsystem neu ordnen und globale Machtstrukturen neu konfigurieren. Welche Konsequenzen dieser Umbruch bedeutet, kann gegenwärtig nur erahnt werden.

Doch die neue Multipolarität ist bei weitem nicht der einzige Faktor, der diesen Wandel ausmacht. Es ist vor allem die vielfältig verschränkte Krisenkonstellation³⁴ des gegenwärtigen Kapitalismus – Klimakrise, Verteilungskrise, Nachhaltigkeitskrise, Teilhabekrise – die die Suche nach einem radikal anderen, einem sozialistischen Entwicklungspfad so dringlich macht. Eine weitreichende und vor allem auch strategische Beschäftigung mit China ist deshalb aus antikapitalistischer Perspektive notwendig. Denn es geht entweder um die Frage, wie und wie weit die Zukunft des Sozialismus wesentlich von China bestimmt wird. Oder es geht umgekehrt darum, in welchem Ausmaß die Zu-

³⁴ Vgl. u.a. Demirović et al. 2021.

kunft des globalen Kapitalismus von der weiteren Entwicklung Chinas abhängt bzw. von dieser geprägt wird. Was für eine Art Kapitalismus wäre es dann, der überwunden werden müsste?

Wie China sich selbst vor dem Hintergrund eben dieser Herausforderung diskutiert, sollte Sozialist*innen auch außerhalb Chinas interessieren. Mit der Buchreihe »Linker China Diskurs« versuchen wir, diese Leerstelle zumindest teilweise zu füllen und ein – nicht unwesentlich auch ideologisch motiviertes – Desinteresse und Nicht-Wissen-Wollen ein wenig herauszufordern.

Literatur

- Alliance of Democracies (2020): Democracy Perception Index 2020. URL: www.allianceofdemocracies.org/initiatives/the-copenhagen-democracy-summit/dpi-2020/ (Letzter Zugriff 4.8.2021).
- Beetham, David (1991): *The Legitimation of Power*, Atlantic Highlands: Humanities Press International.
- Bollen, Kenneth (1983): World System Position, Dependency, and Democracy: The Cross-National Evidence, in: *American Sociological Review* 38 (4), S.468-479.
- Bradley, James (2015): *The China Mirage: The Hidden History of the American Disaster in Asia*, New York: Little, Brown & Co.
- Brandt, Loren/Rawski, Thomas G. (2008): „China’s Great Economic Transformation“, in: Dies. (Hrsg.) *China’s Great Economic Transformation*, New York: Cambridge University Press, S.1-26.
- Bremmer, Ian (2009): State Capitalism Comes of Age: The Ende of the Free Market, in: *Foreign Affairs* 88, S. 40-55.
- Brødsgaard, Kjeld Erik (Hrsg) (2018): *Chinese Politics as Fragmented Authoritarianism: Earthquakes, Energy and Environment*, Abingdon: Routledge.
- Chan, Chris King-Chi (2013): Contesting Class Organization: Migrant Workers’ Strikes in China’s Pearl River Delta 1978-2010, in: *International Labour and Working Class History* 83, S. 112-136.
- Chang, Gordon G. (2001): *The Coming Collapse of China*, New York: Random House.
- Cheremukhin, Anton/Golosov, Mikhail/ Guriev, Sergei/ Tsyvinski, Aleh (2015): *The Economy of People’s Republic of China from 1953*, NBER Working Paper 21397, Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Code, Lorraine (2004): The Power of Ignorance, in: *Philosophical Papers* 33 (3), S. 291-308.
- Coronil, Fernando (2002): Jenseits des Okzidentalismus. Unterwegs zu nichtimperialen geohistorischen Kategorien, in: Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (Hrsg.): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt am Main: Campus, S. 177-218.
- Cunningham, Edward/Saich, Tony/Turiel, Jessie (2020): *Understanding CCP Resilience: Surveying Chinese Public Opinion Through Time*. Ash Center for Democratic Governance and Innovation. URL: www.ash.harvard.edu/publications/understanding-ccp-resilience-surveying-chinese-public-opinion-through-time (Letzter Zugriff 20.4.2022).

- Davis, Mike (2001): *Late Victorian Holocaust. El Niño Famines and the Making of the Third World*, London: Verso.
- Demirović, Alex/Fisahn, Andreas/Mahnkopf, Birgit/Mauritz, Carolin/ Wichterich, Christa/ Reheis, Fritz/Wahl, Peter/ Hürtgen, Stefanie/Sablowski, Thomas/ Duchrow, Ulrich (2021): *Das Chaos verstehen. Welche Zukunft in Zeiten von Zivilisationskrise und Corona? Zeitdiagnosen aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac*, Hamburg: VSA.
- Economy, Elizabeth (2006): *The River Runs Black: The Environmental Challenge to China's Future*, Ithaca: Cornell University Press.
- Eriksen, Thomas Hylland (2010): *Small Places, Large Issues: An Introduction to Social and Cultural Anthropology*, London: Pluto Press.
- Fukuyama, Francis (2012): *The Origins of Political Order: From Prehuman Times to the French Revolution*, New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Funabashi, Yoichi/ Oksenberg, Michel/Weiss, Heinrich (1994): *An Emerging China in a World of Interdependence*. New York: The Trilateral Commission.
- He Baogang/Warren, Mark E. (2017): *Authoritarian Deliberation in China*, in: *Daedalus* 146, S.155-166.
- Heberer, Thomas (1988): *Wenn der Drache sich erhebt. China zwischen gestern und heute*, Baden-Baden: Signal Verlag.
- Heberer Thomas/Müller, Armin (2020): *Entwicklungsstaat China. Politik, Wirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ideologie*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Kaltmeier, Olaf (2012): *Methoden dekolonialisieren. Reziprozität und Dialog in der herrschenden Geopolitik des Wissens*, in: *ders./Berkin, Sarah Corona (Hrsg.): Methoden dekolonialisieren. Eine Werkzeugkiste zur Demokratisierung der Sozial- und Kulturwissenschaften*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 18-44.
- Khan, Azizur Rahman/Riskin, Carl (2001): *Inequality and Poverty in China in the Age of Globalization*, Oxford: Oxford University Press.
- Knight, John (2014): *China as a Developmental State*, in: *The World Economy* 37, S. 1335-1347.
- Lau, Lawrence J. (2022); *Public Goods Provision and Chinese Economic Development*, Working Paper No. 94 (Mai 2022), Lau Chor Tak Institute of Global Economics and Finance, The Chinese University of Hong Kong.
- Li Keqiang (2021): *Bericht über die Arbeit der Regierung auf der Vierten Sitzung des 13. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China am 5. März 2021*, URL: www.xinhuanet.com/english/2021-03/12/c_139806315.htm (Letzter Zugriff 9.9.2021).
- Losurdo, Domenico (2021): *Der westliche Marxismus. Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte*, Köln: PapyRossa.
- Ma Jun (2004): *China's Water Crisis*, Norwalk: EastBridge.
- Naughton, Barry (2007): *The Chinese Economy: Transitions and Growth*. Cambridge: MIT Press
- Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Peerenboom, Randall (2008): *China Modernizes: Threat to the West or Model for the Rest?*, Oxford: Oxford University Press.
- Pei, Minxin (2006): *China Trapped Transition: The Limits of Developmental Autocracy*, Cambridge: Harvard University Press.

- Platt, Stephan R. (2016): New Domestic and Global Challenges 1792-1860, in: Wasserstrom, Jeffrey N. (Hrsg.): *The Oxford Illustrated History of Modern China*, Oxford: Oxford University Press, S. 37-62.
- Přibáň, Jiří (2012): Varieties of Transition from Authoritarianism, in: *Annual Review of Law and Social Science* 8 (1), S. 105-112.
- Pun Ngai/Chan Jenny (2012): Global Capital, the State, and Chinese Workers: The Foxconn Experience, in: *Modern China* 38 (4), S. 383-410.
- Ross, John (2021): *China's Great Road: Lessons for Marxist Theory and Socialist Practices*, Glasgow: Praxis Press.
- Roy, Denny (1994): Singapore, China, and the »Soft Authoritarian« Challenge, in: *Asian Survey* 34 (3), S. 231-242.
- Skocpol, Theda (1973): A Critical Review of Barrington Moore's Social Origins of Dictatorship and Democracy, in: *Politics & Society* 4 (1), S.1-34.
- Shirk, Susan L. (2007): *China: Fragile Superpower*, Oxford: Oxford University Press.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2014): *Kritik der postkolonialen Vernunft. Hin zu einer Geschichte der verrinnenden Gegenwart*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Tan Wenfang (2016): *Populist Authoritarianism: Chinese Political Culture and Regime Sustainability*, New York: Oxford University Press.
- Tomba, Luigi (2014): *Paradoxes of Labour Reform: Chinese Labour Theory and Practice From Socialism to Market*, London: Routledge.
- Wang Hui (2010): *The End of Revolution: China and the Limits of Modernity*, London: Verso.
- Wang Hui (2016): *China's Twentieth Century: Revolution, Retreat, and the Road to Equality*, New York: Verso Books.
- Wang Hongming/Yang Guangbin (2018): Guanyu »Zhongguo Moshi«, de Zhenglun yu Yanjiu (Kontroverse und Forschungen zum »China Modell«) in: *Jiaoxue yu Yanjiu (Lehre und Forschung)* 5, S. 21-30.
- Washington Post (5.5.2021): Did Pandemic Shake Chinese Citizens Trust their Government? URL: www.washingtonpost.com/politics/2021/05/05/did-pandemic-shake-chinese-citizens-trust-their-government/ (Letzter Zugriff 15.5.2022)
- Wasserstrom, Jeffery (2004): Beijing Legitimacy Crisis, in: *Far Eastern Economic Review* 12, S. 25-30.
- Weller, Robert P. (2012): Responsive authoritarianism and blind-eye governance in China, in: Bandelj, Nina/Solinger, Dorothy J. (Hrsg.): *Socialism Vanished, Socialism Challenged: Eastern Europe and China: 1989–2009*, New York: Oxford University Press, S. 83–100.
- World Values Survey (2020): *World Values Survey Wave 7 (2017-2022)*. URL: www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp (Letzter Zugriff 9.5.2022).
- Wooldrige, Adrian (2012): State Capitalism: The Visible Hand, in: *The Economist/Penguin* (Sonderausgabe vom 21.01.2012).
- Zhang Weiwei (2016): *Zhongguo Zhenhan: Yi ge Wenmingxing Guojia de Jueqi (Chinesische Welle: Der Aufstieg des Zivilisationsstaates)*, Shanghai: Shanghai Volksverlag.

Herausgeber und Autor*innen

Jan Turowski ist Leiter des Peking Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2012 bis 2019 war er Professor für Politikwissenschaft an der »Southeast University« in Nanjing.

Meng Jie ist Professor an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und stellvertretender Direktor des Instituts für Marxismus der Fudan-Universität. Er ist Vizepräsident der Forschungsgesellschaft zu »Marx' Kapital« in China, Chefredakteur der »Zeitschrift für politische Ökonomie« und des Redaktionsmitglied von »Research in Political Economy«. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die Grundsätze der politischen Ökonomie, die moderne kapitalistische Wirtschaft und die chinesische politische Ökonomie.

Yan Yilong ist stellvertretender Direktor des Instituts für zeitgenössische China-Studien der Tsinghua-Universität. Er hat 13 Bücher veröffentlicht und beriet wissenschaftlich die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform, das Ministerium für Bodenressourcen, das Ministerium für Wasserwirtschaft, das Ministerium für Industrie und Informationstechnologie und andere relevante Ministerien und Kommissionen bei der Planung von Maßnahmen.

Wu Fenghua ist Professor an der Fakultät für Wirtschaft und Management der Universität Nordwestchinas. Er leitete zwei Forschungsprojekte des Nationalen Fonds für Sozialwissenschaften. Er ist Redaktionsleiter von »The Chinese Journal of Political Economy« und Generalsekretär der Regionalen Wirtschaftsforschungsgesellschaft der Provinz Shaanxi.

Qi Hao ist Professor an der Renmin Universität und Mitarbeiter am Nationalen Forschungszentrum für Sozialistische Politische Ökonomie der Renmin Universität. Er ist Mitglied der internationalen Redaktion der Zeitschrift »Competition & Change«. Zu seinen Forschungsgebieten gehören marxistische politische Ökonomie und post-keynesianistische Ökonomie.

David M. Kotz ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der University of Massachusetts, Amherst. Zu seinen Forschungsinteressen gehören die soziale Struktur der Akkumulationstheorie, die Theorie der Wirtschaftskrisen und die russische Wirtschaft. Er ist der Autor von »The Rise and Fall of Neoliberal Capitalism« und »Revolution From Above: The Demise of the Soviet System«.

Gong Gang ist Professor an der Universität für Finanzen und Wirtschaft in Yunnan und Ehrendekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des Instituts für Finanzwesen. Er hat an der New School in New York promoviert und am National Institute for Economic Policy in Südafrika, Universität Bielefeld, der Universität Leiden, der Tsinghua Universität und der Nankai-Universität gelehrt. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die zeitgenössische chinesische Wirtschaft, Makroökonomie und Entwicklungsökonomie.

Wang Yunbin ist Professor am Forschungs- und Ausbildungsinstitut des Ministeriums für zivile Angelegenheiten und Direktor des Minzhi-Zentrums für Forschungen zu städtischen und ländlichen Gemeinschaften. Er war Gastwissenschaftler am Institut Sozialarbeit an der University of Toronto und Chefredakteur der

wissenschaftlichen Zeitschrift »Soziale Wohlfahrt« des Ministeriums für zivile Angelegenheiten. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die soziale Wohlfahrt, der Sozialaufbau, die Sozialarbeit und das Zivilrechtssystem.

Huan Qingzhi ist Professor an der Fakultät für Marxismus der Peking-Universität.

Er ist Leiter der »Forschungsgruppe zur sozialistischen ökologischen Zivilisation Chinas« (GRGSE). Von 2002 bis 2003 war er Gastwissenschaftler am Harvard-Yenching Institute in den USA, von 2005 bis 2006 und 2009 Gastwissenschaftler der Humboldt-Stiftung in Deutschland. Seine Forschungsschwerpunkte sind Westlicher Marxismus, Umweltpolitik und Europapolitik. Er hat acht Monographien veröffentlicht.

Sun Wei ist Senior Projekt-Managerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Büro Peking, Gastwissenschaftlerin an der Universität Wien und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Umweltrecht Peking. Sie leistet Forschungs- und Organisationsarbeit in Bereichen der sozialistischen Theorie, marxistischen Ökologie, sozialen Transformation und des internationalen Dialogs und Austauschs.

Chen Yiwen ist Doktorand an der Fakultät für Marxismus der Peking-Universität.

Seine Forschungsschwerpunkte sind der ökologische Marxismus, Theorie für ökologische Zivilisation und ihren Aufbau. Er hat mehrere Artikel in Zeitschriften wie »Contemporary Marxism Review« und »Journal of China University of Geosciences« veröffentlicht.

Cui Li ist Professorin an der Fakultät für Tourismuswissenschaft und Direktorin des Instituts für Governance-Modernisierung der ökologischen Zivilisation der Peking-Fremdsprachenhochschule. Sie ist die Autorin mehrerer Monographien und Artikel, u.a. »Studie über den Mechanismus zur Realisierung der Kapitalisierung der natürlichen Ressourcen – die »Ökobank« in der Stadt Nanping als Beispiel« (2019).

Zhang Yue ist Forschungsassistentin an der Fakultät für Tourismuswissenschaft der Peking-Fremdsprachenhochschule. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Teams »Ökobank, Schwerpunkt: Wälder« und des Teams »Ökobank, Schwerpunkt: Altbau« der Provinz Fujian im Jahr 2020. Ihr Forschungsgebiet sind Ökologie und nachhaltige Entwicklung.

Ding Pingjun ist Mitarbeiterin im Forschungsprojekt »Gemeinschaften« im Zentrum für Gesundheits- und Umweltforschung der Stadt Lijiang. Sie ist die Herausgeberin des Buches »Eine Betrachtung über den Ursprungsort der Sandstürme – die Fotogeschichte der Menschen und der Umwelt in Alashan« (2007). Sie hat zudem Dokumentarfilme wie »Wo ist das Zuhause« (2010), »Treibsand« (2011) und »Zum Ursprung des Flusses« (2013) gedreht.

Yang Shanhua ist Professor an der Fakultät für Soziologie der Peking-Universität. Er ist Autor mehrerer Bücher u.a. »Wahrnehmung und Einsicht: Phänomenologische Soziologie in der Praxis«, »Das moderne China erleben: Die lebendige Weisheit und emotionale Erfahrung der Menschen in Beijing«, »Reform in der Lücke – Huang Zonghan und Dongfeng TV-Fabrik brechen das Eis« und »Alterssoziologie«.